

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

24.1.1931 (No. 20)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 5515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. K. M. e. n. b.  
Karlsruhe

Wesungspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummern 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rohsatz, der als Kassensatz gilt und bevorzugen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Zeitung zu senden. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Kongerne und Krusts in Baden

W. A. Obwohl im Reichstag und in der Tagespresse in den letzten Jahren wiederholt der Wunsch geäußert worden ist, einwandfreies Zahlenmaterial über Zahl und örtliche Verteilung der Kongerne und Krusts im Deutschen Reich zu erhalten, hat man sich in Deutschland zur allgemeinen Einführung einer solchen Statistik bei den in Frage kommenden Ämtern noch nicht entschließen können. Das einzige Land, das unseres Wissens seit zehn Jahren Kongerne, Krusts und Interessengemeinschaften erfaßt, ist Baden. Wie aus dem kürzlich erschienenen „Statistischen Jahrbuch für das Land Baden“, Jahrgang 1930, Seite 203 ff. hervorgeht, scheint in unserem Land die Kongernierung innerhalb von Industrie und Großhandel in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht zu haben.

Die Gesamtzahl der vom Badischen Statistischen Landesamt festgestellten Kongerne und Interessengemeinschaften beträgt nach dem Stand vom 1. Januar v. J. in unserem Land 216. Zu diesen Kongernen gehören 584 badische Betriebe mit rund 82 000 beschäftigten Personen. Die überwiegende Zahl der ermittelten Kongerne entfällt auf die Industrie, nämlich 165 mit 393 Betrieben und etwa 74 000 beschäftigten Personen; mit anderen Worten: Rund 5,5 v. H. der größeren Industriebetriebe (mit 11 und mehr beschäftigten Personen) und rund 20 v. H. der in diesen Betrieben beschäftigten Personen sind Kongerngebunden. Unter den einzelnen Industriezweigen sind am stärksten durch Kongerne beeinflusst die chemische Industrie, deren beschäftigte Personen fast zur Hälfte in Kongernbetrieben arbeiten, sowie die elektrotechnische und feine mechanische Industrie, bei der ein Drittel aller darin beschäftigten Personen in Kongernbetrieben tätig sind. Verhältnismäßig gering ist bisher die Kongernbewegung im Handel und Verkehr; hier sind nur 0,6 v. H. aller Betriebe und 6,6 v. H. aller beschäftigten Personen von Kongernen abhängig.

Geht man noch auf den Sitz der Kongerne, soweit durch sie die badische Wirtschaft berührt wird, ein, so ist zu sagen, daß 43 Kongerne und Interessengemeinschaften ihren Sitz in Baden haben; 894 Fabriken und Handelsbetriebe sind in diesen zusammengefaßt. Die Zahl der darin beschäftigten Personen beträgt rund 54 400.

Anschließend von Baden, aber in anderen deutschen Ländern, haben ihren Sitz 122 Kongerne; hierzu gehören 315 badische Betriebe mit rund 34 000 beschäftigten Personen. 50 Kongerne haben ihren Verwaltungssitz in Berlin, 13 in Frankfurt a. M., 25 in der Rheinprovinz, 17 im sonstigen Preußen.

Auch ausländische Kongerne haben in den letzten Jahren in zunehmendem Maße an badischen Fabriken und Handelsbetrieben Interesse genommen. Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen, daß die Erfassung solcher ausländischer Kongerne mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist; immerhin war es dem Badischen Statistischen Landesamt möglich, 35 Kongerne zu ermitteln, die auf 82 badische Betriebe Einfluß gewonnen haben. Beschäftigt sind in diesen badischen Kongernbetrieben rund 17 000 Personen.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, alle für die badische Wirtschaft wichtigen Kongerne namentlich aufzuführen. Erwähnt seien nur, wie wir einen Auszug von Dr. Bogelsang beim Statistischen Landesamt in der „Süddeutschen Wirtschaftszeitung“ in Mannheim entnehmen, der Kongern „Zellstoff Waldhof“, der sich eine große Zahl von Firmen in Preußen, Bayern, Württemberg, Finnland, Norwegen, Holland angegliedert hat und große Bindungen im In- und Ausland besitzt, die Süddeutsche Zuder AG. in Mannheim, die fast die gesamte süddeutsche Zuderindustrie beherrscht, der Feitel-Kongern in Mannheim, der einen großen Komplex von angeschlossenen Walzfabriken und Brauereien betreut, usw. Auf dem Gebiet der Rheinschiffahrt wäre einmal auf den Fendel-Kongern (Zusammenschluß des sog. badischen und preußischen Rheinschiffahrtkongerns) sowie auf den Rhodania Rheinschiffahrtkongern in Mannheim, dem bedeutende, insbesondere süddeutsche Schiffsahrts- und Speditionsgesellschaften angeschlossen sind, hinzuweisen. Von ausländischen Kongernen wären zu erwähnen Brown Boveri in Baden (Schweiz), der auf die Mannheimer Brown Boveri & Co. AG. mit ihren zahlreichen Untergesellschaften seinen Einfluß ausübt, der Maggi-Kongern mit dem Sitz in Remptal (Schweiz), der durch die Maggi G. m. b. H. in Singen mit der badischen Wirtschaft verbunden ist, der englisch-holländische Margarine-Kongern mit seinem Mannheimer Interessen, und der englische Coats-Kongern, der vor nicht langer Zeit mit der bekannten Freiburger Wäscheindustrie Mez AG. in Verbindung getreten ist.

### Moskau verehrt Radioabmachungen

Die „Germania“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der Sowjetpropaganda durch Rundfunk in Deutschland und schreibt dazu u. a.:  
Bereits vor einiger Zeit ist in der Öffentlichkeit auf die Tätigkeit einiger Sowjetfunker hingewiesen worden, die dank ihrer Stärke und Reichweite in allen Ländern Europas und in allen Sprachen eine systematische Propaganda betreiben, die immer unerbittlicher wird. Die kommunistische Partei Deutschlands hat sich im „Freien Radiobund“ eine Organisation geschaffen, die ganz auf die Zusammenarbeit mit dem russischen Sender eingestellt ist. Es ist allerhöchste Zeit, daß die gesamte deutsche Öffentlichkeit über diese Vorgänge unterrichtet wird und daß sich die Reichsregierung mit allen Mitteln gegen einen Zustand zur Wehr setzt, der des Reiches unwürdig ist.  
Woch im vorigen Jahre haben sich die deutsche und die russische Regierung gegenseitig verpflichtet, alle Versuche einer aktiven Beeinflussung der inneren Angelegenheiten des anderen Landes zu unterlassen. Aufgabe des Auswärtigen Amtes wäre es, der russischen Regierung klar zu machen, daß eine Fortdauer dieses Zustandes für Deutschland untragbar ist und nicht ohne entscheidende Rückwirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen bleiben kann.

### Letzte Nachrichten

#### Die Genfer Verhandlungen vor dem Abschluß

Die deutschen Beschwerden gegen Polen  
W. A. Genf, 24. Jan. (Tel.). Aus der zu Beginn der heutigen Vormittagsitzung des Völkerbundesrates vorgelegten Tagesordnung geht hervor, daß beabsichtigt ist, heute die Arbeiten der Tagung vollständig abzuschließen. Auf der Tagesordnung befindet sich auch die deutsche Beschwerde über die Gewaltakte der Polen in Polnisch-Oberschlesien. Dieser Punkt ist ebenso wie die Memelfrage, an den Schluß der Tagesordnung gesetzt worden, weil zu Beginn der Sitzung diese beiden Punkte noch nicht spruchreif erschienen.

Die Besprechungen über die oberschlesische Minderheitenfrage, die bis in die letzte Nacht hinein gedauert haben, sind heute früh wieder aufgenommen worden. Der deutsche Außenminister hat sich, wie zu erwarten war, mit gestern abend mitgeteilten Zugeständnissen Jaleskis nicht einverstanden erklärt. Wie verlautet, hatte der Japaner Hoshikawa den letzten Vorschlag, den Dr. Curtius abgelehnt hat, im Einvernehmen mit Henderon und Briand ausgearbeitet. Nach der Ablehnung durch den deutschen Vertreter, erklärte Hoshikawa, daß er es nunmehr für zweckmäßig halte, eine Besprechung anzuberaumen, an der er selbst, Dr. Curtius, Briand und Henderon teilnähmen. Diese Zusammenkunft hatte auch tatsächlich heute vormittag stattgefunden. Über ihr Ergebnis ist im einzelnen noch nichts bekannt. Nach Schluß der Besprechung, die mehr als eine Stunde dauerte, wurde aber bekanntgegeben, daß die Zusammenkunft zu einem Ergebnis geführt habe, und daß nunmehr die juristischen Sachverständigen Japans, Deutschlands, Frankreichs und Englands zusammenzutreten würden, um einen neuen Vorschlag zu formulieren.

Es ist vorgesehen, daß die Juristen ihre Formulierung heute nachmittags drei Uhr einer erneuten Konferenz der vier genannten Staatsmitglieder vorlegen. Sollte sich diese mit der Formulierung einverstanden erklären, so wird der Vorschlag dem polnischen Außenminister Jaleski zur Annahme vorgelegt werden. Wenn Jaleski zustimmt, so wird die Frage um 4 Uhr heute nachmittag zur abschließenden Behandlung vor die öffentliche Sitzung des Rates kommen.

#### Sür Revision der Kriegsschulden Eine amerikanische Stimme

W. A. Chicago, 23. Jan. (Tel.). Dr. A. Murray Butler, führender Republikaner und Präsident der Universität Columbia, appelliert heute in ersten Worten an die Regierung, die nötigen Schritte zur Einsetzung einer internationalen Kommission für die nochmalige Untersuchung der Frage der Kriegsschulden zu unternehmen.

Der Versuch, einen beträchtlichen Teil der Kosten des Krieges zurückzuerhalten, habe Europa die untragbare Last auferlegt, unter der es jetzt stöhne, und habe die verhängnisvollen wirtschaftlichen Verluste verursacht, die die Bevölkerung der Vereinigten Staaten stuhig gemacht habe. In scharfen Worten, so fuhr Butler fort, werde uns erzählt, daß es sich um geborgtes Geld handele, daß in allen Ecken zurückgezahlt werden müsse. Nicht gesagt wird uns jedoch, daß ein bedeutender Teil davon in den Vereinigten Staaten selbst beim Erwerb von Kriegsmaterial zu hohen Preisen ausgegeben wurde. Man gestattet uns nicht, daran zu denken, daß Geld ebenso ein Instrument des Krieges ist wie Kriegsschiffe und Unterseeboote und Kanonen. Das amerikanische Volk ist der Hauptleidtragende bei den Kriegsschulden.

#### Die amerikanischen Industrieanlagen im Auslande

W. A. New York, 24. Jan. (Tel.). Handelsminister Lamont hat dem Bundesrat eine Übersicht über die Zweiganlagen amerikanischer Firmen im Auslande zugehen lassen. Von diesen Zweiganlagen, deren Gesamtwert Ende 1929 auf 1535 Mill. Dollar geschätzt wurde, befinden sich 540 in Kanada, 629 in Europa, 281 in den latein-amerikanischen Ländern und die übrigen in Afrika, Asien und Australien. Die Gesamtzahl der amerikanischen Fabrikanlagen in Europa beträgt 453; davon befinden sich 189 im Gesamtwert von 268 Mill. Dollar in England, 78 im Werte von 139 Mill. Dollar in Deutschland und 86 im Werte von 91 Mill. Dollar in Frankreich. Auf Grund dieser Ausdehnung der industriellen Interessen Amerikas im Auslande, so heißt es in dem Bericht, trete das Bestreben zutage, die Zollschranken abzubauen und die Vorurteile gegen die amerikanischen Waren zu überwinden.

#### Abrüstungskonferenz im Februar 1932

Der Völkerbundesrat hat am Freitagnachmittag in geheimer Sitzung beschlossen, daß die Abrüstungskonferenz für den 2. Februar 1932 einberufen wird. Was den Konferenzort angeht, so hat sich der Rat in dieser Sitzung für Genf entschieden. Der Präsident soll in der Matitagung durch den Rat ernannt werden.

„Im Westen nichts Neues“ wird geändert. Die Universal-Film-Gesellschaft teilt mit, sie habe die Absicht, den Film „Im Westen nichts Neues“ nach Vornahme einiger Änderungen erneut der Filmprüfstelle vorzulegen.

### \* Zur politischen Lage

#### Von der Ratstagung in Genf

Der Sturz der französischen Regierung, der mehr durch einen unglücklichen Zufall, als durch eine Frage von weittragender politischer Bedeutung herbeigeführt wurde, hat willkommenen Anlaß zu einer Unterbrechung der Ratstagung in Genf gegeben. Es entspricht ja nur zu sehr der Taktik Briands und Jaleskis, die Erledigung der wichtigsten Probleme auf die lange Bank zu schieben. Was speziell den deutsch-polnischen Konflikt betrifft, so ist der polnische Außenminister allerdings nach wie vor zu Zugeständnissen bereit. Aber es kommt uns nicht auf Versprechungen, sondern auf die Erfüllung solcher Versprechungen an. Und da wäre es immerhin recht nützlich, wenn sich der Völkerbund schon jetzt zu einem Beschluß auftraffe, der der polnischen Regierung diese Erfüllung in aller Form zur Pflicht macht.

Doch, wie gesagt: das Bestreben in Genf geht ganz offenkundig dahin, um genaue Festlegungen herumzukommen. Natürlich will man den schlechten Eindruck, den die polnischen Greuel herborgerufen haben, möglichst vermeiden. Und man hofft, Deutschland als den hauptsächlichsten Ankläger einigermaßen beschwichtigen zu können. Daß sich an der Polonisationspolitik Warschau irgend etwas ändern wird, glauben wir indessen nicht. Und schon allein die Art und Weise, wie man sich fortgesetzt, so auch in den letzten Tagen, Grenzverletzungen gegenüber Deutschland zuschulden kommen läßt, zeigt uns, daß man in Polen erst dann zur Vernunft kommen wird, wenn eine ganz bestimmte Macht vorhanden ist, die zu respektieren ist.

In Sachen der Europakonferenz haben die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Englands und Italiens ein Manifest erlassen, das ein sehr erfreuliches Bekenntnis zum Frieden enthält und sehr richtig den Mangel an Vertrauen in die Zukunft als Haupthindernis des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bezeichnet. Das Manifest gipfelt in der Erklärung, daß man mehr als jemals fest entschlossen sei, sich der Organe des Völkerbundes zu bedienen, um jeden Appell an die Gewalt künftig auszuschließen.

Dieses Manifest darf dankbar begrüßt werden, aber die schönen Worte, die darin zu lesen sind, lassen sich leider nur schlecht mit den militärischen Tatsachen der letzten Zeit zusammenreimen. Frankreich rüstet, Italien rüstet, Polen rüstet, neue Militärbündnisse werden abgeschlossen, und alles sieht viel eher nach Vorbereitung des Krieges, als nach Festigung des Friedens aus.

Auch der Entschluß, sich vor Anrufung der Waffen an den Völkerbund zu wenden, klingt zunächst sehr beruhigend. Aber solange der Völkerbund in erster Linie Instrument französischer Machtpolitik ist, wird man sich im Falle eines wirklich ersten Konfliktes von der Gerechtigkeit und Überparteilichkeit dieses Völkerbundes nicht allzuviel versprechen dürfen. Zum mindesten wird man seinen Entschlüssen mit Vorsicht entgegenzusehen haben.

In der Frage der Abrüstungskonferenz hat der Völkerbundesrat nunmehr beschlossen, die eigentliche Abrüstungskonferenz für den 2. Februar 1932 einzuberufen. Das ist immerhin schon etwas. Hoffen wir, daß bis dahin die Verhandlungen so weit gediehen sind, daß die allgemeine Abrüstung dann wenigstens im Jahre 1932 Tatsache werden kann.

#### Von den Reichsfinanzen

Zur Zeit finden Verhandlungen des Reiches und einem ausländischen Bankenkonzern statt, das unter der Führung der amerikanischen Firma Lee Higginson & Co. steht. Man will auf dem Wege über die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte dem Reich 100 bis 120 Millionen Reichsmark als Beleihung der 200 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien der Reichsbahn zur Verfügung stellen. Diese 200 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien waren bekanntlich vom Reich an die Reichsversicherungsanstalt an Zahlungsstatt abgetreten worden. Da die Verhandlungen zwischen Lee Higginson & Co. und dem Reich unter Vermittlung der Pariser Filiale der Firma stattfanden, ist das Gerücht von deutsch-französischen Anleihenverhandlungen entstanden. Möglicherweise wird eine der großen französischen Privatbanken sich an dem Geschäft beteiligen.

Da die Summe von 100 bis 120 Millionen von der Reichsregierung für Februar dringend gebraucht wird,

Kann man nur wünschen, daß die Verhandlungen mit Lee Higginson & Co. zum Ziele führen. Aber man darf bei alledem nie die große Gefahr außer acht lassen, die durch die immer weitere Verschuldung Deutschlands entsteht. Wir selber wissen ganz genau, daß wir in absehbarer Zeit aus eigenen Mitteln unsere offiziellen und privaten Schulden nicht abzahlen können. Geschenk oder zinslos geliehen bekommen wir aber die Gelder des Auslands nicht. Wir müssen sie sogar ganz gehörig verzinsen. Die Zinslast, die wir heute bereits mitzuschleppen haben, beträgt rund 1 1/2 Milliarden!

Wenn unser Wirtschaftsleben in Blüte stände, bräuchten wir uns darum nicht so sehr zu sorgen. Von einer solchen Blüte ist aber durchaus nicht die Rede, sondern wir haben schon seit Jahren eine schwere Krise. Und deren Kennzeichen ist heute die Ziffer von 4,7 Millionen Arbeitslosen! Der Reichsfinanzminister hat dieser Tage gelegentlich einer Parteiversammlung geäußert, es werde nichts anderes übrig bleiben, als nun endlich einmal in der Frage der Arbeitslosenversicherung an das Saisonarbeiter-Problem heranzugehen. Wäre das schon früher geschehen, so hätte man sicherlich eine ganze Menge ungerechtfertigter Ausgaben für die Versicherung sparen können. Wir werden auf diesen Punkt noch in den nächsten Tagen zurückkommen.

### Eine neue Rede des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning hat dieser Tage vor den sächsischen Industriellen eine Rede gehalten, die in mancherlei Beziehung bemerkenswert ist. Auch diese Rede zeigt wieder, daß Dr. Brüning wirtschafts- und finanzpolitisch die Situation vollkommen überschaubar und durchaus das Richtige will.

Eröffnet hat er seine Rede mit dem markanten Satz, es gebe kein Land in der Welt, das so viele Fehler vergangener Jahre auf einmal wieder gutmachen habe, wie Deutschland. Es seien zu viele Geseße gemacht worden, deren finanzielle Auswirkungen nicht zu übersehen waren. Und heute fehle uns der große Kassenbestand, um eine großzügige Senkung der steuerlichen Lasten in wenigen Monaten durchführen zu können. Vor allem seien Ersparnisse notwendig und demgemäß auch eine umfassende Verwaltungsreform. Allerdings müsse der besonnene Politiker hinzufügen, daß der Erfolg dieser Maßnahmen nicht gleich in ein oder zwei Jahren, sondern vielleicht erst in zehn Jahren eintreten werde. Es gelte jetzt, den Grundsatz überall praktisch zu verwirklichen, daß man mit wenig Geld möglichst viel zu erreichen versuchen müsse. Und da gebe es eine Reihe von Gebieten, die in den nächsten Monaten einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden müßten; denn wir müssen aus dem Stadium heraus, in dem wir uns gegenwärtig befinden!

Was die Tributlasten anlangt, so forderte auch der Reichskanzler, daß sie einer Revision unterzogen werden. In dieser Frage sei sich gottlob das ganze deutsche Volk einig. Es sei jedoch falsch, die Hände in den Schoß zu legen und nun alles von der Milderung der außenpolitischen Lasten zu erwarten. Jedenfalls sei es ein großer Fehler gewesen, daß man finanziell ungerüstet an die Revision des Dawesplanes herangegangen sei.

Daß die Selbstkosten der Wirtschaft weiter gesenkt werden müßten, hat Dr. Brüning auch in dieser seiner Rede von neuem betont. Allerdings wird man auch hier nur schrittweise zum Ziele gelangen können.

Die Ausführungen des Reichskanzlers verdienen weiteste Beachtung und lebhaften Beifall. Sie zeigen, daß ein wirtschafts- und finanzpolitischer klarer Wille vorhanden ist, der unbeirrbar auf sein Ziel lossteuert. Zu wünschen wäre nur, daß dieser Wille auf besseres Verständnis und vertrauensvollere Mitarbeit stößt. Dann würde auch das Tempo aller Reformarbeiten etwas schneller sein können.

**Keine Vereinheitlichung der Sozialversicherung.** Zeitungen berichten, die Reichsregierung beabsichtige, die Versicherungszweige und deren Träger zu vereinigen und für die Sozialversicherung im ganzen einen einheitlichen Beitrag zu erheben. Die Meldung ist in allen Teilen unrichtig. Für eine Neugestaltung liegt das Ziel nicht in der Vereinheitlichung, sondern in der Vereinfachung und Verbilligung der Sozialversicherung.

**Aktion gegen die päpstlichen Kommunisten.** Auf Veranlassung der Kreisregierung der Pfalz wurde am Freitag eine große Aktion gegen die Kommunisten durchgeführt, die sich diesmal auf die Vorder-, Mittel- und Westpfalz erstreckte. Zu ihrer Abwicklung waren größere Kommandos der Landespolizei eingesetzt. In einzelnen waren in die Polizeidivision die Städte Frankenthal und Oppau, Neustadt, Landrecht und Kaiserslautern einbezogen. Die Hausdurchsuchungen förderten an allen Orten Handfeuerwaffen, Hand- und Stochwaffen, Munitionsbestände und größere Mengen von Druckschriften der KPD. zutage.

**Beilegung des Tarifstreites in dem württembergischen Holzgewerbe.** Nach fast 18-tägigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Süddeutschland ist in dem Tarifstreit im württembergischen Holzgewerbe, in dem es bereits zu größeren Arbeitsniederlegungen gekommen war, eine Vereinbarung zustande gekommen. Die Arbeit wird nächsten Dienstag zu Löhnen, die um 5-6 Proz. ermäßigt werden, wieder aufgenommen.

**Beauftragte Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weiderich.** Von der Verwaltung der zu den Vereinigten Stahlwerken gehörenden Hütte Ruhrort-Weiderich wurde beim zuständigen Demobilisationskommissar Stilllegung des ganzen Werkes wegen Auftragsmangel beantragt. Von dieser Maßnahme wurden rund 6000 Arbeiter und 1000 Angestellte betroffen. Die Hütte, die noch zu Anfang dieses Jahres eine Belegschaft von 17 000 Mann hatte, mußte bereits vorher einzelne Betriebsabteilungen stilllegen und die dort tätigen Leute entlassen.

## Aus den Ländern

### Einigung über die Wahlrechtsreform in Bayern

Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages gelang es, am Freitag zu einer Einigung hinsichtlich der Reform des Landeswahlrechts zu kommen. Der auf Grund des Beschlusses in der vierten Lesung nunmehr von der Regierung ausgearbeitete Änderungsentwurf wurde mit allen gegen die Stimmen der Deutschen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Damit ist auch die notwendige Zweidrittelmehrheit gesichert.

Es bleibt bei der Beseitigung der Landesmandate unter Beibehaltung der 128 Abgeordneten und 113 Stimmkreise. Die Regierung machte darauf aufmerksam, daß sich nun gewisse Rückwirkungen auf die Wahlen zu den Bezirks- und Kreisräten ergeben werden. Auf Vorschlag der Regierung erklärte sich der Ausschuß damit einverstanden, deshalb mit den Vertretern der Bezirks- und Kreisräten in Verbindung zu treten.

### Der bayerische Etat

In der Freitagssitzung des Bayerischen Landtages legte in einer mehrstündigen Rede Staatsrat Dr. von Dewbed, der Leiter des Finanzministeriums, den Haushalt für 1931 vor. Der ordentliche Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 799 822 270 M und ist ausgeglichen. Die allgemeinen Staatsschulden betragen 894,5 Millionen Reichsmark. Nach Thüringen hat Bayern je Kopf der Bevölkerung die höchsten Schulden.

Der Redner wandte sich dann besonders gegen das Steuervereinfachungsgesetz, das den letzten Rest der bayerischen Staatshoheit beseitigen wolle. Neben den staatspolitischen Gesichtspunkten sind auch schwerwiegende sachliche Bedenken für die Verfassungslage Bayerns beim Staatsgerichtshof maßgebend. Bei der Gestaltung des künftigen Finanzausgleiches muß auf jeden Fall eine wie auch immer geartete Verschlechterung zuungunsten der Länder und insbesondere eine Verdrängung der Länder von der Einkommen- und Körperschaftsteuer abgelehnt werden. Bei der Erläuterung der vielfachen Einschränkungen und Abstriche wurde festgestellt, daß der Gesamtabbau an Beamten und Angestellten seit 1924 5884 Personen beträgt. Damit ist der Stand erreicht, der um 594 Beamtenstellen unter dem Stand des Jahres 1918 liegt. Die Leistungen für kirchliche Zwecke sind um 3 Millionen herabgesetzt.

### 4 765 000 Arbeitslose

#### Die Arbeitslosigkeit im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden Mitte Januar aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung rund 2 396 000, aus der Krisenfürsorge rund 739 000 Arbeitslose unterstützt. Gegenüber dem vorigen Stichtag bedeutet das eine Zunahme um rund 230 000 bzw. rund 62 000. Unter den am 15. Januar bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitsuchenden befanden sich — nach Abzug der noch in Stellung oder in Hilfsarbeiten befindlichen — rund 4 765 000 Arbeitslose. Zu ihnen gehören außer den Unterstützungsempfängern noch die von der öffentlichen Fürsorge Betroffenen (Wohlfahrtsvereinsangehörige), ferner zahlreiche Arbeitslose, die am Stichtage die Wartezettel für die Arbeitslosenunterstützung durchgemacht hatten, oder die auf Grund der starken Fluktuation des Marktes sich im Übergang zwischen verschiedenen, zum Teil kurzfristigen Beschäftigungen befanden.

Die Witterung machte im weiten Umfang die Einstellung der Arbeiter notwendig, dem entspricht der starke Zugang an Arbeitsuchenden aus dem Baugewerbe und aus den mit ihm zusammenhängenden Berufsgruppen und Rohstoffindustrien, sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft der Bezirke Schlesien, Brandenburg, Hessen und Sachsen.

### Mehr kleine Möbel für die kleinen Räume!

Die hohen Baukosten zwingen uns heute, den Wohnraum in neuen Häusern auf ein Minimum zusammenzupressen, das gerade noch ausreicht, die notwendigen Voraussetzungen für Entfaltung und Erhaltung eines gesunden Familienlebens zu erfüllen. Kleinwohnungen von 60 Quadratmeter stellen deshalb heute schon beinahe ein Höchstmaß dessen dar, was, von der Seite der Miete her gesehen, vom Wohnungsuchenden noch getragen werden kann. Da und dort ergibt sich sogar die Notwendigkeit, den Wohnraum noch um 10 und mehr Quadratmeter herabzudrücken in dem Bestreben, damit auch den Mietpreis zu senken.

Diese Beschränkung des Wohnraumes ist in der Praxis nur dann zu ertragen, wenn die Wohnung entsprechend ausgenutzt ist, wenn also auch hier der Raum mit größter Sparsamkeit verwaltet wird. Das braucht nicht zu jenen „Wohnmaschinen“ zu führen, deren Vorbild die Küche im D-Zug oder die Schiffskabine ist. Solcher Zwang muß man für die Wohnung ablehnen, denn diese soll behagliches Verweilen ermöglichen. Das schließt technische Neuerungen nicht aus, die der Zeit- und Kraftersparnis bei der Bewirtschaftung der Wohnung dienen. Leider werden aber die Wohnungen immer noch viel zu sehr mit Möbeln vollgestopft, und zwar mit zu großen Möbeln, die den Raumbelhältnissen der modernen Wohnungen nicht angepaßt sind. Das liegt nicht allein an der Vorliebe der Bewohner für große Stücke, die „nach etwas aussehen“, sondern zum guten Teil daran, daß entsprechende kleine Möbel nicht angeboten werden. Nicht ganz mit Unrecht wirft Stadtrat Gastinger, München, im Magdeburger Amtsblatt den Innenarchitekten vor, daß sie sich praktisch eigentlich nur im Interesse der höheren Einkommen betätigen, und die Wohnungskultur der großen Masse von 80 Prozent der Wohnenden nur dem Zufall des Einkaufs überlassen. Und das in einer Zeit, wo alle Möbelfabriken, alle Schneidmeister, alle Möbelschneider über mangelnden Absatz klagen und trotz der günstigen Zahlungsbedingungen auf ihre überfüllten Lager hinweisen müssen. Würde nach dieser Richtung wirkliche Bedarfsbedarfs-wirtschaft gefördert, dann wäre Produzenten und Kaufmann ein großer Dienst erwiesen.

Die Durchführung ist eine Frage der richtigen Organisation und der planvollen Vorbereitung. Zunächst wäre es eine dankenswerte Aufgabe der Handwerkskammern, sich mit Fachleuten über diese Fragen auszuspoken, Musterzimmer herzustellen und eine Musterwohnung einzurichten, um durch den Augenschein am wirksamsten für den neuen Gedanken zu wirken. Ihm wohnt, aus dem tatsächlichen Bedürfnis heraus vorbereitet, sicher schon erhebliche Werbekraft inne. Man darf wohl annehmen, wenn von seiten des Handwerks und seiner Vertretung der Gedanke werbewirksam vertreten wird, sich Bundesgenossen finden, die ihn unterstützen: aus den Verbänden der Arbeiter, Angestellten, Beamten und nicht zuletzt aus den Frauendienern. Ausstellungen von gutem Hausrat, wie sie manche dieser Organisationen schon vor Jahren veranstalteten, beweisen das Wertvolle ihrer Mitarbeiterschaft. Vielleicht wäre es von großem Vorteil, sich auch die Mitarbeit der laienwissenschaftlichen Verbände zu sichern. Die Anregung und den ersten Anstoß wird die Vertretung des Handwerks geben müssen.

## Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages

### Die Lage der Reichsbahn

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet am Freitag den Etat des Reichsverkehrsministeriums. Abg. Dr. Köpfer (Ztr.) wies dabei besonders darauf hin, daß die stark umstrittenen Tarifpolitik der Reichsbahn geeignet sei, das Land Baden empfindlich zu schädigen. Nach seiner Ansicht könne die Frage „Reichsbahn-Kraftverkehr“ nicht mit rücksichtsloser Stampfanfrage durchgeführt und gelöst werden.

Darauf sprach Reichsminister v. Guérard. Zur Lage der Reichsbahn sei darauf hinzuweisen, daß 1913 die deutschen Reichsbahnen zusammen eine Milliarde Reichsmark aufgebracht hätten, während heute die Gesamtbelastung rund 1300 Millionen Reichsmark betrage. Im einzelnen entfielen davon 660 Millionen auf die Belastung für Reparationen. Für 1930 habe sich der Einnahmehüfung noch ungünstiger als erwartet herausgestellt und werde etwa 790 Millionen Reichsmark betragen. Die Reichsbahn sei genügend gewesen, zum Bilanzausgleich bereits den größten Teil ihres Anleihen für die Young-Anleihe zu verwenden. Wenn der Verkehr nicht eine starke Belebung erfahre, bestünde die Gefahr, daß die Ausgleichsgrundlage angegriffen werden müsse und damit die Garantiefähigkeit des Reiches praktisch werde. Bei dieser Lage stehe er der Möglichkeit einer weiteren Tarifsenkung skeptisch gegenüber. In absehbarer Zeit sei eine Schließung weiterer Ausbesserungswerte nicht beabsichtigt. Das Gesetz über die Regelung des Kraftwagenverkehrs solle den Streit: Kraftwagen — Eisenbahn möglichst mildern. Weiter wandle sich der Minister entschieden gegen den Bau besonderer Autostraßen und deren Finanzierung durch Verkehrsabgaben. Deutschland sei für solche Vorurteile zu arm.

### Die Weltarbeitslosigkeit

Aus Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes geht hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen in Europa auf 11 Millionen und in der ganzen Welt auf etwa 20 Millionen geschätzt wird. In Europa ist die Zahl der Arbeitslosen ungefähr doppelt so hoch wie um dieselbe Zeit im vergangenen Jahr. Für einzelne Länder werden folgende Zahlen angegeben: Deutschland 4 1/2 Millionen, Großbritannien 2 1/2 Millionen, Italien mehr als eine halbe Million, Polen mehr als 200 000, Tschchoslowakei ungefähr 150 000, Japan ungefähr 400 000.

### Russische Städtebauten

Die russische Sowjetregierung will drei neue Großstädte sozialistischen Typs erbauen, die vor allem wohl von den Arbeitern und Angehörigen der neuen Schlittenwerke bewohnt werden sollen. Es handelt sich um die Stadt Upezk mit einer voranschätzlichen Bevölkerung von 250 000 Personen, Kishini Tagil, mit einer Bevölkerung von 150 000 Personen und Kowij Mariupol mit einer solchen von 100 000 Personen. In diesen neuen Städten soll ein Teil des Wohnungs- und Städtebaus auf vollkommene Bergeschäftung des Haushalts eingestellt sein.

Es wird dabei sicherlich manches interessante städtebauliche Problem zu lösen sein; aber zunächst wird man abwarten müssen, wieviel von diesen Plänen Projekten tatsächlich verwirklicht werden wird. Russische Zahlenangaben pflegen die amerikanischen Meteorologen neuerdings noch weit zu übertragen, beruhen aber in der Regel noch weit mehr als diese auf Phantasie und maßloser Übertreibung.

## Kurze Nachrichten

Bei einer Reichsgründungsfeier im Bayerischen Landtag, die am Freitag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten abgehalten wurde, führte Präsident Stang u. a. aus: Am Reich als wertvollste Frucht der Kämpfe und Mühen unserer Eltern gelte es, festzuhalten. Das werde aber nur gelingen, wenn die Quelle der inneren Lebenskraft des Reiches die lebendige Reichsfreundschaft seiner Glieder nicht verschüttet, sondern der liberale Charakter seines Ausbaues durch die Abwehr gefährlicher Experimente, sei es auf finanziellem, politischem oder staatspolitischem Gebiet, gewahrt bzw. wiederhergestellt werde.

**Die Beschießung der „Baden“ vor dem Seeraum.** Der Hamburger Seemannspruch vom Falle der Beschießung des Dampfers „Baden“ in Rio de Janeiro besagt, daß neben den Besatzungen der beiden brasilianischen Korps auch der Kapitän der „Baden“ infolge eines Teil der Schuld trage, als er den Passus in seinem Auffahrtschein, sich mit dem Fort Santa Cruz in Verbindung zu setzen, überläßt.

Das neue Haus des Rundfunks in Berlin, das gegenüber dem Funkturm und nahe den Ausstellungenshallen errichtet worden ist, wurde am Donnerstagabend mit einem kurzen Festakt seiner Bestimmung übergeben. — Der gewaltige Bau wird als Mittelpunkt des gesamten deutschen Funkwesens nicht nur das neue Heim der „Funktube“ sein.

**Fortschritte im Siedlungswesen.** Im Jahre 1930 sind 7477 neue Siedlerstellen mit einer besiedelten Fläche von 82 316 Hektar geschaffen worden, und zwar vorwiegend in Ostdeutschland. Gegenüber dem Vorjahre konnte die Zahl der Siedlerstellen um 56 Prozent, die besiedelte Fläche um 51 Prozent gesteigert werden. Die meisten Siedlungen wurden in Ostpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein errichtet.

**Millionendifferenzen zwischen Siemens und Irland.** Bei der endgültigen Abrechnung über die Forderungen des Siemenskonzerns gegen die irische Regierung aus dem Bau des Shannon-Kraftwerkes haben sich erhebliche Differenzen ergeben. Bei einem Gesamtobjekt von etwa 100 Mill. Reichsmark ist ein Restbetrag von ungefähr 15 Mill. Reichsmark strittig. Man ist bestrebt, auf dem Verhandlungswege eine Einigung herbeizuführen. Das im Jahre 1929 fertiggestellte Großkraftwerk ist erbaut worden von der Siemens-Schuckert Akt.-G. und die Siemens-Bauunion G.m.b.H.

**Parteiuniform- und Druckschriftverbot im Saargebiet.** Die Regierungskommission im Saargebiet hat das Tragen der Parteiuniformen (einheitliche Kleidung) der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, des Wehrwols, des Bundes der Frontsoldaten (Stahlhelm), des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners mit sofortiger Wirkung verboten. In einer weiteren Verfügung wird die Verbreitung der Druckschrift „Saar-Deutsche Volksstimme, nationalsozialistisches Kampfblatt“, auf die Dauer von drei Monaten verboten.

Die deutsche Fliegerin Ethy Reinhorn, die am Donnerstag um 9.30 Uhr von Kap Zumbi abgeflogen war, ist ohne Zwischenfall in Rio de Janeiro gelandet.

In einer Volksschule in Kattowice ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. Als der Lehrer im Physikzimmer ein Experiment vorführte, explodierten zwei Sauerstoffflaschen. Acht Schüler trugen hierbei Verletzungen davon. Man befürchtet, daß einer von ihnen das Augenlicht verlieren wird.



